



www.rheinland-pfalz-solar.de

Rheinland-Pfalz-Solar Landesverband Solarenergie RLP e.V. (LSE)

Vorstandsmitglieder: Wolfgang Müller, Wolfgang Thiel, Guido Dahm - Solarparkstr. 1 - 67435 Neustadt a.d.W.
Tel. 0173-6550589 - Mail: info@rheinland-pfalz-solar.de - WEB: <http://www.rheinland-pfalz-solar.de>

Presseinformation 17/2021

Verbände warnen vor zu wenigen Solardächer

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt Rheinland-Pfalz (VWU) sowie der Landesverband für Solarenergie RLP (LSE) warnen davor, dass im kommenden Jahr viel zu wenige Dächer mit Solaranlagen belegt werden können. Denn das EEG deckelt die Solarenergie unverhältnismäßig in den Paragraphen 48 und 49. Die Verbände fordern deshalb gemeinsam als Ergebnis des 14. VWU Unternehmer:innenTages, dass sich die rheinland-pfälzischen Verhandler:innen auf Bundesebene darauf einigen sollten, diese Deckelung in den ersten 100 Tagen einer neuen Regierung abzuschaffen.

Da Rheinland-Pfalz in den Koalitionsverhandlungen mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), Klimaministerin Anne Spiegel (B90/Grüne) und die FDP mit Volker Wissing, Daniela Schmitt und Sandra Weeser prominent vertreten seien, fordern beide Verbände die Landesvertreter:innen auf, klare Ergebnisse auszuhandeln, die eine Energiewende bis möglichst 2030 ermöglichen. So könnten in Rheinland-Pfalz viele neue Arbeitsplätze entstehen.

Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigungen dürften nicht länger als Schlagworte dienen. Es müssten unbedingt konkrete Sofortmaßnahmen beschlossen werden. Dazu zählen nach Übereinstimmung von VWU und LSE auch eine Anhebung der Ausschreibungsgrenze für PV-Aufdachanlagen, die Ausweitung des abgabenfreien Eigenverbrauchs von Solarstrom, die Abschaffung der Personenidentität beim Verbrauch dieses Stroms vor Ort, der Abbau bürokratischer Barrieren sowie die Etablierung langfristiger Planungssicherheit für Solaranlagenbetreiber:innen.

Daneben würden neue Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding, Contracting und Klimafonds benötigt, um überall dort den Bau neuer Anlagen zu finanzieren, wo Grundstückseigentümer:innen und Dachbesitzer:innen keine eigenen Investitionen leisten wollen.

Neustadt a.d.W., den 08. November 2021